

# LÜTZERATH

DAS BESETZTE DORF





JUSTICE FOR MORGAN'S MOTHER

FREE ELLA BOSEZT

REVOLUTION IS SET

WIE 183

BILDET

BÖNDEN

PATRIARCHAT

FEVER & FLÄMME DER REPRESSION

BOB...  
MARTIN...  
DUAL...

# Inhalt

Wir sind X-Tausend für Lützerath .....	S.1
1,5 Grad heißt: Lützerath bleibt! .....	S.2
Franka Schäfer: 1,5°C - Ein praxissoziologisch motivierter Kommentar .....	S.5
Helge Peukert: Über den IPCC-Bericht 21/22 - Kommentar .....	S.10
Was ist Klimagerechtigkeit? .....	S.14
Wer enteignet hier wen? .....	S.16
Und dann kommt Tag X .....	S.19
Erfahrungsberichte aus Lützerath .....	S.21
Die Kämpfe werden weiter gehen .....	S.24
Weitere Informationen, Anmerkungen .....	S.28

# Wir sind X-Tausend für Lützerath

Im Rheinischen Braunkohlerevier wird mit Lützerath ein ganzes Dorf durch Klima-Aktivisti besetzt. Der Energieriese RWE hält trotz der Klimakrise und den neuesten IPCC-Berichten an der Verstromung von Braunkohle fest und blockiert so aktiv die Energiewende. Das Land NRW und der Bund haben den Kohleausstieg bislang nicht konkretisiert. Viele Menschen unterstützen daher die Proteste in Lützerath. Darunter u.a. Bürger\*innen, Alt Aktivisti der 1970er und 80er Jahre und Studierende. Die Besetzung wird allerdings auch über Grenzen hinaus unterstützt. So schlossen sich Menschen aus dem europäischen Ausland den Strukturen an und auch Aktivisti aus dem globalen Süden besuchten regelmäßig Lützerath, um über ihre Kämpfe und Perspektive zu berichten und in den Austausch zu treten.

Das Herzstück der Proteste in Lützerath ist die Mahnwache, die seit Juli 2020 ein offener Anlaufpunkt für Menschen ist, die sich dem Kampf gegen Braunkohle und für den Erhalt der Dörfer im Rheinischen Braunkohlerevier verbunden fühlen. Die Strukturen vor Ort wuchsen stetig, zunächst auf dem Gelände des Landwirts Eckardt Heukamp, dann auch auf den bereits durch RWE gekauften Grundstücken. Inzwischen ist das ganze Dorf in der Hand der Aktivisti.

Über 10.000 Menschen haben die Petition "Wir sind X-Tausend für Lützerath" unterschrieben und damit ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, während der Räumung vor Ort zu sein, am politischen Kurs in den Parlamenten und Parteien ändert das nichts. Deswegen gilt in Lützerath das Motto: "Kohleausstieg ist Handarbeit".

# 1,5 Grad heißt: Lützerath bleibt!

Im März 2020 wurde die Landstraße 277, welche Dörfer im Rheinischen Braunkohlerevier miteinander verbunden hatte, teilweise durch RWE abgerissen. Im Kampf um den Erhalt des Dorfes wurde dieser Schritt seitens der Bündnisse vor Ort als ein Überschreiten einer roten Linie gewertet. Mit Protesten rund um den Abriss entstand am Rande von Lützerath mit Blick in Richtung Tagebau eine Mahnwache. Sie diente Besucher\*innen von nun an als sichere Anlaufstelle vor Ort. Zur Unterstützung dieser Struktur blieben Aktivist\*innen vor Ort, welche bei einem Sturm von dem ortsansässigen Bauern Eckardt Heukamp erst kurzzeitig und schließlich dauerhaft aufgenommen wurden. Nach und nach bildeten sich so auf dem Gelände des Bauern Strukturen zur Unterstützung der Mahnwache heraus. Es entstanden Baumhäuser und Hütten, außerdem kamen Menschen mit Wohnwagen oder Zelten, um vor Ort zu bleiben. Immer mehr Menschen solidarisierten sich mit Eckardt Heukamp und seinem Kampf um den Erhalt seines Elternhauses. Verbunden durch die Anti-Braunkohle-Bewegung, war so eine solidarische Zusammenarbeit auch trotz politischer Differenzen möglich.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat sich mit den nötigen Anpassungen der Tagebauplanung im Rheinischen Braunkohlerevier auseinandergesetzt, die zum Einhalten der 1,5-Grad-Grenze nötig wären. Dabei kamen sie zu dem Ergebnis, dass der Beitrag der BRD zum 1,5 Grad-Ziel nicht einzuhalten sei, würde die unter dem Dorf Lützerath liegende Braunkohle abgebaggert werden. Damit wurde die L277 von den Aktivist\*innen in Lützerath zur 1,5 Grad-Grenze erklärt.

Postautonome Bewegungen äußern sich in der BRD unterschiedlich zum 1,5 Grad-Ziel. Fridays For Future und Ende Gelände verbinden das 1,5 Grad-Ziel ebenfalls mit dem Erhalt Lützeraths. Auch Extinction Rebellion und die Letzte Generation haben sich mit Lützerath solidarisiert, weichen allerdings in ihren Positionen

zu 1,5 Grad ab. Während Extinction Rebellion Deutschland das 1,5 Grad-Ziel im März 2022 mit Verweis auf den IPCC Bericht 21/22 für tot erklärt hatte, verweisen die Aktivist\*innen der Letzten Generation auf Wissenschaftler\*innen, die das 1,5 Grad-Ziel schon lange nicht mehr für möglich halten. Auch wenn es in diesem Punkt keine Einigkeit gibt, stimmen alle Akteure darin überein, dass sie den Beitrag der BRD zu 1,5-Grad spätestens mit der Zerstörung Lützeraths nicht mehr für möglich halten. Dies steht der Einordnung von Politiker\*innen der Industriestaaten entgegen, welche zwar regelmäßig ihre Klima-Ziele verfehlen und dennoch nicht sparsam mit Versprechungen sind.

Der Klimaforscher Mojib Latif ist eine der Personen, die das Einhalten des 1,5 Grad-Ziels nicht mehr für möglich halten. Er verweist darauf, dass wir uns auf einem 3 Grad-Kurs befinden, welcher mit effektiven Maßnahmen noch auf 2 Grad beschränkt werden könne. Dies seien allerdings alles Schadensbegrenzungen, denn bereits heute würden viele Menschen wegen Überflutungen und Hitzewellen sterben, Tendenz steigend. Doch was bedeutet das konkret? Die Auswirkungen, die wir heute spüren können, sind nur ein leichter bitterer Vorgeschmack auf das was kommen wird.

Dabei sind für uns die heutigen Auswirkungen bereits extrem: In Pakistan standen 2022 zwischenzeitlich 1/3 des Landes unter Wasser. Millionen Menschen verloren ihr Zuhause, 1.700 Personen starben, die entstandenen Schäden in der Infrastruktur bewegten sich im Milliardenbereich. Dass die Behebung solcher Schäden auch für Industriestaaten eine Herausforderung ist, zeigt ein Blick auf die Folgen der hiesigen Flutkatastrophe von 2021. Auch über ein Jahr später sind die Schäden im Ahrtal nicht vollständig behoben worden und das trotz der vielen Spenden und dem Status der BRD als einer der reichsten Länder der Welt. Wird hier ein Vergleich zu ärmeren Ländern gezogen, welche deutlich härter von Katastrophen getroffen werden und diese finanziell deutlich weniger auffangen können, wird zumindest ein Teil der mit dem Klimawandel einhergehenden globalen Ungerechtigkeit deutlich. Auch in Uganda gab es 2022 eine Flutkatastrophe. Auch wenn der Afrikanische Kontinent nicht so hart getroffen wurde, wie durch die Flutkatastrophe 2010, welche die Süddeutsche Zeitung als "Schlimmste Flut seit Menschengedenken" betitelte und bei der neben Uganda auch Länder wie Ghana, Sudan, Mali, Niger und Togo getroffen waren. Die Klima-Aktivistin Vanessa

Nakate kommt aus Uganda, sie beschreibt die bereits eingetroffene Erwärmung um 1,2 Grad als die Hölle für Communitys aus dem globalen Süden. Die Gespräche über 1,5 Grad seien nichts, worüber sich Menschen im globalen Süden freuen würden, denn sie wurden aus der Perspektive des globalen Nordens gesetzt. Die Klima-Aktivistin Kaossara Sani aus Togo sagt, sie würde die Klimakrise am eigenen Leib spüren. In ihrem Aktivismus setzt sie immer wieder auf Bildung, baut Bibliotheken auf, erzählt Menschen von dem Wissen um die Klimakatastrophe. Sie unterstützt auch Betroffene. Genau wie Nakate war sie in Lützerath, nicht allein um sich den Ort der Zerstörung anzuschauen, sondern um mit den Menschen in Kontakt zu treten, die sich in Europa für Klimagerechtigkeit einsetzten, zu ihnen zu sprechen und ihnen Perspektiven aus dem globalen Süden mitzugeben. Denn auch das ist ein Teil ihres Kampfes, die Bitte darum, ihr eine Stimme zu geben und für das 1,5 Grad-Ziel zu kämpfen. Die Repräsentanz von sog. MAPAs (Most Affected People and Areas) in den politisch westlichen Medien-Diskursen ist kaum vorhanden. Dies wurde unter anderem besonders deutlich, als Vanessa Nakate 2021 als einzige BIPOC (Black Indigenous und People of Colour) Person in einer Gruppe von Klima-Aktivist\*innen von der Presse von einem Gruppenfoto abgeschnitten wurde. Die Aktivist\*innen reagierten mit Rassismus-Vorwürfen, zurecht: denn der Kampf gegen die Klimakrise hat nicht mit Greta Thunberg begonnen und die Auswirkungen, die der globale Norden spürt, sind mit den Folgen im globalen Süden kaum bis gar nicht vergleichbar. Bei ihrem Besuch in Lützerath kritisierte Vanessa Nakate nicht nur die Vertreibung der Menschen aus ihren rheinländischen Dörfern durch den Energiekonzern RWE und dass die Regierungen dies zulassen, sondern auch die Auswirkungen, welche die in Lützerath abgebaute und für den Wohlstand des globalen Nordens verbrannte Braunkohle für ihre Communities in Uganda haben würde. Nakate und Sani folgen nicht denselben Diskursen über das 1,5 Grad-Ziel, wie Aktivist\*innen aus dem globalen Norden, doch sie sind sich den Aktivist\*innen aus Lützerath und vielen weiteren Akteuren der Bewegungen für Klimagerechtigkeit einig: Es braucht einen Systemwandel, um die Klimaschäden und ihre Folgen so gering wie möglich zu halten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise und die damit verbundenen Wachstumszwänge und Kapitalinteressen sind am Leid im globalen Süden sowie am Klimawandel und den aus ihm entstehenden Krisen verantwortlich.

# 1,5°C

## Ein praxissoziologisch motivierter Kommentar

Franka Schäfer

0 °C, 19 °C, 16 °C, 1,5°C ... Temperaturen sind überall und wichtig, bestimmen Diskurse, Maßnahmen, Wohlbefinden oder Unbehagen. Neben den im Zuge aktueller Sparzwänge heiß diskutierten Innenraumtemperaturen bestimmt den Klimadiskurs eine ebenso prominente Zahl: die 1,5°C . Je nach Diskursposition heizt sie mal als Mahnung, Ziel, Motivation oder des Messers Schneide die Debatten, weniger die Implementierung von Maßnahmen an. Warum jedoch ist gerade die 1,5°C Marke so hochfrequentiert? Vielleicht auf Grund der Tatsache, dass sie theoretisch noch möglich, praktisch aber nicht mehr zu erreichen und damit - erreichbar und unerreichbar zugleich - universal einsetzbar ist. Auf der diskursiven Ebene der Praxis vermag es die Maßzahl, ganz verschiedene Aussagen zu bündeln, Aufmerksamkeit zu verleihen oder zu entziehen.

Seit die Koevolution natürlicher und sozialer Systeme durch die Verbrennung fossiler Energieträger desynchronisiert wurde, befinden wir uns wegen planetarer Wachstumsgrenzen in einem brutal ungleichen weltgesellschaftlichen Zustand. Der notwendige Ausstieg aus dem stofflich-expansiven kapitalistischen Wachstumsmodell wurde verpasst. Der Soziologe Hans-Peter Müller liest das Eintreten dieses von Klaus Dörre und anderen als mögliche *große Transformation* bezeichneten Prozesses an den Dimensionen überstrapazierter Biokapazität, Demographie, wachsender Ungleichheit, steigender Migration und zerfallenden Unionen ab (Müller 2019: 551; vgl. Dörre et al. 2019). In der Summe kumulieren gerade industrielle und kulturelle Revolutionen, Neoliberalismus und Globalisierung zu einem gewaltsamen Transformationsprozess, der uns Sozialwissenschaftler:innen dazu zwingt, die soziale Frage notwendig als sozioökonomisch verursachte ökologische Frage zu stellen. Auch gegenwärtige politische Entscheidungsprozesse orientierten sich seit Paris 2015 an der wissenschaftlich

unstrittigen Erkenntnis, dass bei einer Erwärmung um mehr als 1,5°C im Vergleich zum Beginn der industriellen Revolution, klimabedingte Prozesse in Gang gesetzt werden, die zerstörerisch und nur noch bedingt kontrollierbar sind, und verschrieben sich deshalb dem Ziel der Einhaltung einer unter 1,5°C liegenden Erderwärmung. Der aktuell verzeichnete Anstieg der Temperatur liegt allerdings bereits bei 1.1°C und erhöht sich seit den 1980er Jahren jährlich um 0.2°C. Die Klimaforschung geht deshalb davon aus, dass die 1,5°C Marke innerhalb der kommenden 3 Jahrzehnte nicht nur prognostisch, sondern auch messbar gerissen wird.

Dennoch werden bis heute auf Klimakonferenzen gebetsmühlenartig Bekenntnisse zum 1,5°C Ziel wiederholt und Maßnahmen dahingehend legitimiert, welchen Beitrag sie zur theoretischen Einhaltung dieses Klimaziels liefern. Was hierbei außer Acht bleibt, ist der Einbezug der Widerständigkeit der Praxis gegenüber der theoretischen Möglichkeit, dieses Ziel zu erreichen. Verlässt man sich nicht nur auf objektives Sach- und Orientierungswissen der Wissenschaften als Beobachtungs-, Vermessungs-, Übersetzungs- und Kritikinstanz, sondern versucht z.B. mit einem praxistheoretischen Zugang, die Probleme in ihren gesellschaftspraktischen Bedingungen zu erkennen, wird deutlich, dass das Ziel der max. 1,5°C Erderwärmung zwar rein theoretisch noch zu erreichen ist und deshalb im Politiksystem funktioniert, in der Praxis aber hinfällig ist. Was theoretisch unter idealen Bedingungen noch funktionieren könnte, scheitert im praktischen Vollzug, weshalb es müßig und folgenreich ist, weiter von der Einhaltung des Ziels zu sprechen, statt zu betonen, dass die 1,5°C wenn auch noch nicht messbar, praktisch schon überschritten sind. Bezieht man die besondere Qualität des praktischen Vollzugs jenseits von Verträgen, Vereinbarungen und Abkommen ein, könnten und müssten wir uns längst vom 1,5°C Ziel verabschiedet haben, denn wie sogar JokA & Bushido wissen: „Das sind alles nur Ideen, die für jeden hier gemacht sind. Wir müssen unterscheiden zwischen Theorie und Praxis. In der Theorie willst du was verändern, aber wie? In der Praxis geht meistens alles schief“. [1]

Mit Hilfe der praxissoziologischen Dezentrierung des Subjekts reiht man den intentional handelnden Menschen theoriearchitektonisch neben und gleichberechtigt in die

analytische Einheit der Praktiken ein. Diskurse, Artefakte, Stofflich-Materielles sind dann im Zusammenspiel ebenso aktive und widerständige Akteure der Praxis, wie die 1000 weiteren Willensbekundungen, *good intentions* und politischen Programme, denen sie entgegenstehen. Solange z.B. Klimapolitik nicht jenseits von nationalstaatlicher Politik gedacht wird, wir nicht ausreichend Speicherkapazität für Solarenergie haben, grüne Treibstoffe nicht massenproduzierbar sind, können wir zwar theoretisch das 1.5 ° C Ziel noch erreichen, im praktischen Vollzug arbeitet aber die Logik der Praxis in vielen (noch zu vielen) Feldern gegen dieses Ziel.

Reden wir immer weiter davon, was in der Theorie noch zu machen ist, verschweigen wir die praktischen Bedingungen dieses Theoretisierens: Um die 1,5°C noch zu halten, müssten z.B. verkrachte Nationalstaaten am besten ab morgen produktiv und solidarisch und jenseits kapitalistischer Wachstumslogik zusammenarbeiten und politische Animositäten über Bord werfen. Der Ausstoß von Treibhausgasen müsste so drastisch - wie zuletzt gezwungenermaßen im Corona Lockdown - und zwar über Jahre hinweg konstant verringert werden. Emissionen müssten in den nächsten siebeneinhalb Jahren um 45 % sinken - steigen aktuell aber noch im Gegenteil um 10 % im Vergleich zu 2010 an (McGuire 2022: [5]). Solche Reduktionen und globale Solidaritäten sind in einer idealen Welt natürlich theoretisch möglich, vollziehen sich praktisch aber nicht. Deshalb mehren sich mittlerweile auch andere als praxissoziologische Stimmen, die wie der Geophysiker Bill McGuire betonen, dass es keinen glaubwürdigen Weg mehr gäbe, um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen und es weiter zu thematisieren mehr schade, als dem Klima nutze: Theoretisch sei das Einhalten der 1.5 ° C Erwärmung möglich, genauso wie es möglich sei, dass sich jemand, der vor einem rasenden Schnellzug auf den Gleisen festgebunden ist, sich theoretisch noch selbst retten kann. Beides sei aber im praktischen Vollzug völliger Wahnsinn (McGuire 2022: [4]). Die gegenwärtige Praxis, weiterhin für die Realisierbarkeit von 1,5°C zu argumentieren, sei entsprechend irreführend und erfülle lediglich im Politiksystem legitimatorische Zwecke.

Rückblickend so McGuire wird klar, dass es möglicherweise kontraproduktiv war, ein konkretes Ziel zu setzen, statt von Anfang an zu argumentieren, jeden Bruchteil eines Grades des

Temperaturanstiegs zu verhindern. Das Problem mit Zielen sei nämlich, dass sie immer noch so lange erreichbar sind - bis sie es nicht mehr sind (McGuire 2022: [7]). Auf diese Weise können sie verwendet werden, um Trägheiten zu rechtfertigen, bis es zu spät ist. Und leider nur deshalb sind die 1,5°C noch in aller Munde, als *Feigenblatt* für Business as usual.

Vor diesem Hintergrund gilt es sich Gedanken darüber zu machen, vor welche brutalen Probleme uns die klimatischen Bedingungen und immer schwerer kontrollierbaren Nebenfolgen in naher Zukunft stellen werden und daran zu erinnern, dass auch jenseits der 1,5°C jeder Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur und sei es nur um 0,1 ° C weiterhin entscheidend ist. Deshalb sollten wir nicht den gleichen Fehler machen wie in der Corona-Pandemie, sondern spätestens jetzt vermehrt die soziale Dimension des Klimawandels in den Blick nehmen, um die Paradoxien der politischen und der Alltagspraxis sichtbar zu machen.

Auch wir müssen als scientific community das *Feigenblatt* der 1,5°C abnehmen und aktiv dazu beitragen, dass sich nicht nur politische Transformation, sondern sich ein praktischer Kulturwandel im Alltag vollzieht. Hierfür brauchen wir weniger „Mitmachwissenschaft“ (Müller 2020) - und mehr kritisch, engagierte, öffentliche Sozialwissenschaft (Aulenbacher et al. 2013; Scheffer/Schmidt 2010), die wissenschaftliche Erkenntnisse über nachhaltige, alternative Fairsorgung in die Zivilgesellschaft transportiert, statt Politikberatung zu betreiben und sich am unlauteren Festhalten am 1,5°C Ziel beteiligt. Sozialwissenschaft muss in postnormalen Zeiten mit den Mitteln *Postnormaler Wissenschaft* (D'Alisa/Kallis 2016) nicht nur Anstoß, sondern Teil der Transformation sein: Haben Wissenschaftler:innen bisher von materieller Rationalität geleitete wissenschaftsbasierte Ideallösungen geliefert, die aber in der Schublade landeten, will *Postnormale Wissenschaft* zu einer verfahrensorientierten Rationalität gemeinsam getragener Lösungen kommen. Dies mit dem Effekt, dass dann zwar nicht die 110%ige wissenschaftlich beste, weil idealtypische Lösung auf den Tisch kommt, aber dafür eine wissenschaftsorientierte Implementierung in der Alltagspraxis stattfindet, dadurch dass man wegen der Ausweitung des Expert:innengremiums in die Zivilgesellschaft eine erhöhte Akzeptanz erreicht. Dabei geben Wissenschaftler:innen durch dieses postnormale wissenschafts-

aktivistische Engagement zwar explizit Objektivitätsfiktionen auf, sichern stattdessen aber in einem integrierten gesellschaftlichen Prozess die Qualität der Erkenntnisse durch eine erweiterte Expert:innengemeinde, erweiterte Fakten und ein erweitertes Spektrum aus Wissen und Werten. Damit ist auch klar, dass die Hochschule alleine nicht mehr der Ort für transformative Forschung und Wissenschaft sein kann, sondern zumindest auch in sogenannten Reallaboren stattfinden muss, in denen in Koproduktion mit der Zivilgesellschaft Probleme gemacht und bearbeitet werden. Postnormale Zeiten der Transformation jenseits der 1.5 ° C stellen entsprechend nicht das ob der Wissenschaft, durchaus aber das Wie der akademischen Praxis in Frage und machen Öffentlichkeiten neben Universitäten zu notwendigen Orten performativer Wissenschaft.

# Über den IPCC-Bericht 21/22 Kommentar

Helge Perukert

Die Erderwärmung um 1,5 Grad im Vergleich zur „vorindustriellen Zeit“ nicht zu überschreiten, ist das vorgegebene Ziel des leider ansonsten wachweichen Pariser Abkommens. Diese Obergrenze ist das Maximum, um lebensbedrohliche Veränderungen der Biosphäre zu begrenzen.[1] In der öffentlichen und politischen Debatte herrscht ein großes Durcheinander zur Frage, ob dieses Ziel überhaupt noch zu erreichen ist und wie viel Restbudget der Menschheit für dieses Ziel verbleibt. Weil 50% der CO<sub>2</sub>-Emissionen teils über Jahrhunderte in der Atmosphäre bleiben, ergibt sich ein Restbudget an Emissionen, das noch zur akkumulierten Menge bisheriger Emissionen hinzukommen darf. Der IPCC[2] gibt in seinem jüngsten Bericht folgende Antwort zur Restmenge:[3]

**Table SPM.2 | Estimates of historical carbon dioxide (CO<sub>2</sub>) emissions and remaining carbon budgets.** Estimated remaining carbon budgets are calculated from the beginning of 2020 and extend until global net zero CO<sub>2</sub> emissions are reached. They refer to CO<sub>2</sub> emissions, while accounting for the global warming effect of non-CO<sub>2</sub> emissions. Global warming in this table refers to human-induced global surface temperature increase, which excludes the impact of natural variability on global temperatures in individual years.  
{Table 3.1, 5.5.1, 5.5.2, Box 5.2, Table 5.1, Table 5.7, Table 5.8, Table TS.3}

Global Warming Between 1850–1900 and 2010–2019 (°C)		Historical Cumulative CO <sub>2</sub> Emissions from 1850 to 2019 (GtCO <sub>2</sub> )					
1.07 (0.8–1.3; likely range)		2390 (± 240; likely range)					
Approximate global warming relative to 1850–1900 until temperature limit (°C) <sup>a</sup>	Additional global warming relative to 2010–2019 until temperature limit (°C)	Estimated remaining carbon budgets from the beginning of 2020 (GtCO <sub>2</sub> )					Variations in reductions in non-CO <sub>2</sub> emissions <sup>c</sup>
		Likelihood of limiting global warming to temperature limit <sup>b</sup>					
		17%	33%	50%	67%	83%	
1.5	0.43	900	650	500	400	300	Higher or lower reductions in accompanying non-CO <sub>2</sub> emissions can increase or decrease the values on the left by 220 GtCO <sub>2</sub> or more
1.7	0.63	1450	1050	850	700	550	
2.0	0.93	2300	1700	1350	1150	900	

<sup>a</sup>Values at each 0.1°C increment of warming are available in Tables TS.3 and 5.8.

<sup>b</sup>This likelihood is based on the uncertainty in transient climate response to cumulative CO<sub>2</sub> emissions (TCRE) and additional Earth system feedbacks and provides the probability that global warming will not exceed the temperature levels provided in the two left columns. Uncertainties related to historical warming (±550 GtCO<sub>2</sub>) and non-CO<sub>2</sub> forcing and response (±220 GtCO<sub>2</sub>) are partially addressed by the assessed uncertainty in TCRE, but uncertainties in recent emissions since 2015 (±20 GtCO<sub>2</sub>) and the climate response after net zero CO<sub>2</sub> emissions are reached (±420 GtCO<sub>2</sub>) are separate.

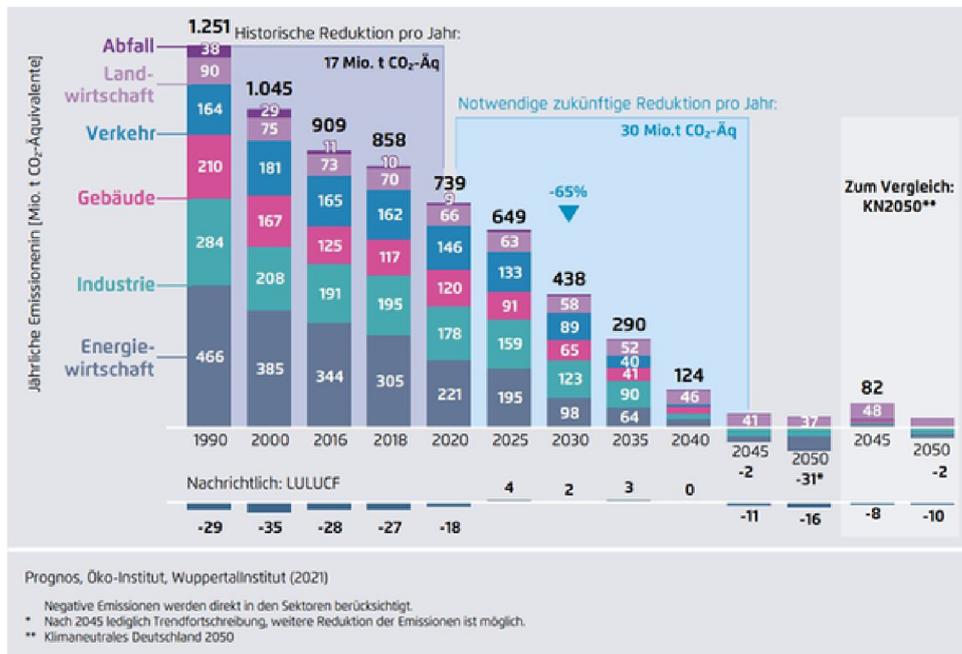
<sup>c</sup>Remaining carbon budget estimates consider the warming from non-CO<sub>2</sub> drivers as implied by the scenarios assessed in SR1.5. The Working Group III Contribution to AR6 will assess mitigation of non-CO<sub>2</sub> emissions.

Demnach standen ab 2020 mit 83%iger Wahrscheinlichkeit weltweit noch 300 Milliarden Tonnen zur Verfügung (die Rotmarkierungen sind hinzugefügt). Im öffentlichen Politdiskurs werden oft deutlich höhere Restbudgets angegeben, z.B. die Zahlen zu 1,7 Grad und bei nur 67%iger Wahrscheinlichkeit, denn je geringer die Wahrscheinlichkeit, je höher das Restbudget. Aber selbst 83% sind eigentlich viel zu niedrig, denn wer würde eine Straße mit nur 83%iger Wahrscheinlichkeit überqueren, heile auf der anderen Seite anzukommen. 67% entspricht russischem Roulette. Hinzu kommt die hohe Unsicherheit bei den Zahlenangaben: wenn bereits bei den Angaben zur historischen Entwicklung eine Unsicherheit von +/- 240 Milliarden Tonnen besteht, dann könnte das Restbudget für 1,5 Grad im ungünstigen Fall bereits aufgebraucht sein.

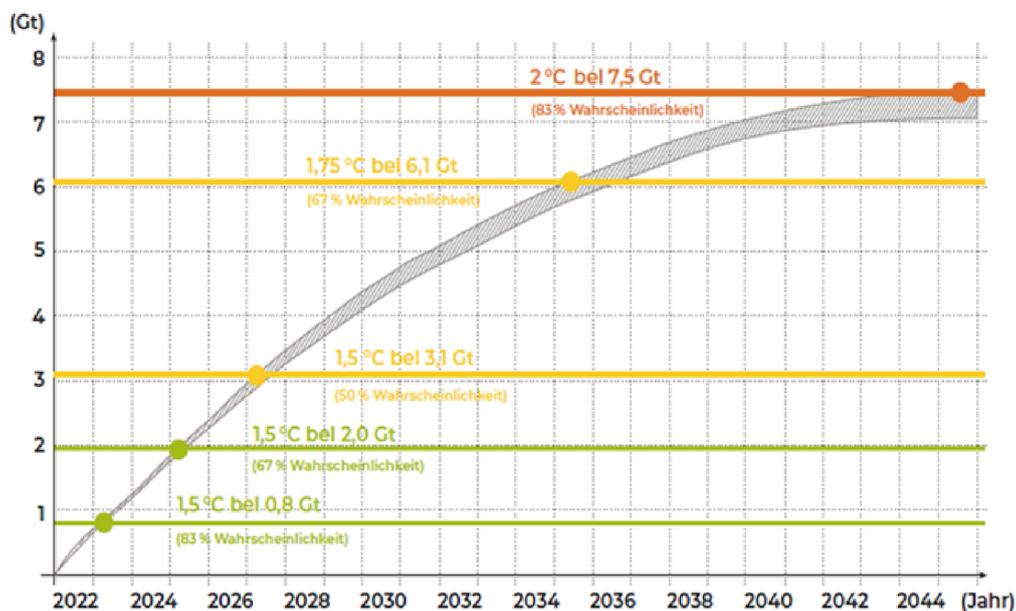
Tatsächlich steigen die Emissionen der Treibhausgase aber kontinuierlich weiter an:[4]

Laut dem seriösen Climate Action Tracker (CAT) vom New Climate Institute, Climate Analytics und dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung laufen die Emissionen derzeit auf katastrophale 2,7 Grad, ev. bis zu 3,5 Grad hinaus. Sollten die bisherigen Angaben der Länder zum Pariser Abkommen eingehalten werden, landen wir immer noch bei wahrscheinlich 2,4 Grad. In der Berichterstattung des CAT zur Weltklimakonferenz in Ägypten wird festgestellt auf ihrer Website: "Wie schon im letzten Jahr werden die globalen Emissionen im Jahr 2030 trotz aller vorgeschlagenen Maßnahmen immer noch doppelt so hoch sein, wie sie für die Begrenzung auf 1,5 Grad sein sollten. Um die Erwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssen die Länder in der Klimapolitik in den Notfallmodus wechseln, so wie sie es bei der Energiekrise tun".

Und wie sieht es in Deutschland aus? Das „nachgeschärfte“ Klimaschutzgesetz sieht folgenden Minderungspfad mit Klimaneutralität im Jahr 2045 vor, was auf 7,9 Milliarden Tonnen insgesamt hinausläuft:[5]



Im Jahr 2021 lagen die Emissionen hierzulande aber bei 762 Millionen Tonnen.[6] Der deutsche Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) stellt bei seinen Nachberechnungen aufgrund der oben angeführten neuen Zahlen des IPCC folgendes Schaubild vor:[7]



Um mit 83% Wahrscheinlichkeit das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen, hat man demnach noch 800 Millionen Tonnen bis zur erforderlichen „Klimaneutralität“ (die Frage, ob dies in einem hoch industrialisierten Land überhaupt möglich ist, wird hier ausgeklammert). Jedenfalls wird diese Restmenge bei momentanem Emissionsgebaren in Deutschland im Februar 2023 erreicht! Die Zahlen des SRU für die EU belaufen sich übrigens auf maximal 17

Milliarden Tonnen, das EU-Minderungsprogramm (Fit for 55) läuft bis 2050 auf 60 Milliarden Tonnen hinaus (eigene Berechnung). Das Umweltbundesamt (UBA) stellt zur Verteilungsfrage fest: „Der deutsche Ausstoß an Treibhausgasen pro Person liegt, wenn man den Export und den Import von Gütern berücksichtigt, derzeit im Durchschnitt bei 11,2 Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten (CO<sub>2</sub>e). Es bestehen global gesehen sehr große Unterschiede im Konsumniveau. Der durchschnittliche Ausstoß einer\*eines Deutschen liegt mehr als 60 % über dem Weltdurchschnitt und mehr als viermal so hoch wie der Wert von Indien (Stand: 2016). Aber auch innerhalb Deutschlands zeigt sich eine große Spannbreite. Während die klimafreundlichsten 10% der Bevölkerung mit durchschnittlich 7 Tonnen CO<sub>2</sub>e auskommen und damit 40 % unter dem Durchschnittswert von 11,2 Tonnen CO<sub>2</sub>e liegen, ist der Wert für die 10 % der Bevölkerung mit dem höchsten CO<sub>2</sub>-Fußabdruck mit 17,7 Tonnen CO<sub>2</sub>e mehr als doppelt so groß und liegt mehr als 50 % über dem deutschen Durchschnitt.“

Das UBA bemerkt an gleicher Stelle in seltener Offenheit zur eigentlich nötigen, allgemeinen Zielvorgabe: „Klimaverträglich wäre ein weltweiter Pro-Kopf-Ausstoß von unter 1 Tonne CO<sub>2</sub>e. Dies macht deutlich, dass das deutsche Konsumniveau nicht global verallgemeinerbar ist und nachhaltiger Konsum große Anstrengungen erfordert. Für den Treibhausgasausstoß pro Person in Deutschland ist eine Minderung in Höhe von rund 95 Prozent gegenüber dem heutigen Stand notwendig.“[8] Und wie man anhand der Zahlen weiter oben sah, möglichst sofort.

Fazit: Die harte Kritik zivilgesellschaftlicher Gruppen ist zutreffend und kann sich hierbei auf offizielle Zahlen und Daten berufen, die meist von Wirtschaft und Politik nur in verwässerter Form aufgegriffen werden. Die (Blockade)Aktionen zivilgesellschaftlicher Gruppen und z.B. die Forderungen eines Notstandsprogramms entsprechen der Dringlichkeit des bisher fahrlässig unterlassenen, notwendigen Umsteuerns zur Bewahrung der nicht nur für uns Menschen lebensnotwendigen Biosphäre.

# Was ist Klimagerechtigkeit?

Klimagerechtigkeit bedeutet, dass diejenigen, die Hauptverursacher der Klimaschäden sind (aktuell und historisch), auch die Hauptverantwortung tragen. Die Menschen und Communities in den Ländern, die am meisten unter den Folgen der Klimaschäden leiden, sind größtenteils kaum für diese verantwortlich, denn die Hauptverursacher der Klimaschäden sind Unternehmen und Industriestaaten. Die Forderung nach Klimagerechtigkeit geht dabei über die Forderung nach Klimaschutz hinaus.

Der Begriff der Gerechtigkeit ist nicht einheitlich, nimmt allerdings Bezug auf ein Maß an Tugend oder auf Menschen im Umgang mit ihrer Gesellschaft. Der Ursprung des Begriffs der Klimagerechtigkeit liegt in den Umweltbewegungen der 1980er Jahre und wurde maßgeblich von BIPOCs (Black, Indigenous und People of Colour) geprägt. Das Verständnis der Umwelt ist in diesem Zusammenhang ein Ganzheitliches, welches sich über die biologisch-ökologische Umwelt hinaus auch auf die soziale Umwelt (Arbeitsplatz, Lebens(um)welt),... bezieht. Der Begriff der Klimagerechtigkeit bezieht die soziale Komponente ebenfalls mit ein. Er entwickelte sich ab den 2000ern im Zuge einer zunehmenden thematischen Beschäftigung der Umweltbewegungen mit Klimafragen und kann somit als Weiterentwicklung des Begriffs der Umweltgerechtigkeit aufgefasst werden.

Eine Beschäftigung mit dem Begriff der Klimagerechtigkeit findet wissenschaftlich und in Bewegungen statt, ähnlich wie es in den 1980er Jahren mit dem Begriff der Umweltgerechtigkeit der Fall war. Ende Gelände, die sich 2015 in Lützerath gegründet haben, verstehen Klimagerechtigkeit als einen intersektionalen Begriff, welcher verschiedene soziale Kämpfe miteinander verbindet. Dabei berufen sie sich nicht nur auf eine antirassistische Tradition, sondern beispielsweise auch auf Kämpfe gegen bestehende Klassenverhältnisse, denn soziale Ungerechtigkeiten sind nicht nur global, sondern auch innerhalb von Klassengesellschaften präsent.

Klimaschäden und ihre Folgen haben auch in Industriestaaten andere Auswirkungen auf arme Menschen, als auf Wohlhabende, Reiche oder Superreiche.

Genauso wie der Begriff der Gerechtigkeit nicht einheitlich ist, so ist es auch der Begriff der Klimagerechtigkeit nicht. Mit seiner Beschäftigung entwickelt sich das Verständnis innerhalb der wissenschaftlichen und bewegungspolitischen Auseinandersetzung weiter.

# Wer enteignet hier wen?

**ACTION POINT**

DROGENfreier B...

In den vergangenen 70 Jahren wurden nach Angaben von RWE 43.000 Menschen im Rheinischen Braunkohlerevier umgesiedelt, wobei der Begriff der Umsiedlung die Unfreiwilligkeit beschönigt, mit welcher diese durchgeführt wurde und wird. Denn die Pläne des Energieriesen stießen und stoßen auf Widerspruch Ortsansässiger. Das aus Widerspruch mit der Zeit Widerstand wurde, zeigen die Gründung des Bündnisses "Alle Dörfer bleiben" sowie die rechtlichen Schritte des Lützerather Landwirten Eckhardt Heukamp und zwei Mietern aus Lützerath. Der Widerstand Ansässiger gegen die Enteignungen durch RWE fußt also sowohl auf politischem Druck auf Parlamente als auch auf rechtlichen Schritten.

Bevor ein Verständnis dafür entwickelt werden kann, wie Parlamente und Gerichte zur Kausa Lützerath stehen, müssen zunächst Enteignungen und ihre Rechtslage in NRW genauer betrachtet werden. Denn RWE leitet zwar zunächst Enteignungsanträge ein, nutzt danach allerdings die in NRW geltende vorzeitige Besitzeinweisung. Enteignungen sind nach geltendem Recht nur dann zulässig, wenn sie für das Wohl der Allgemeinheit erforderlich sind. Die vorzeitige Besitzeinweisung ist ein zusätzlich zur Enteignung geltendes Recht. Bei diesem Verfahren wird ein Besitz vor der Entscheidung über eine Enteignung den Besitzer\*innen entzogen und geht an die eingewiesene Partei über, welche im unmittelbaren Anschluss Abriss- und Baumaßnahmen einleiten darf. Im Vergleich zum Enteignungsverfahren, findet eine deutlich kürzere Prüfung statt. Aufzuheben ist die vorzeitige Besitzeinweisung, wenn der Enteignungsantrag abgewiesen wird. In der Praxis ist eine Aufhebung der vorzeitigen Besitzeinweisung nicht gleichbedeutend mit einer Rückgabe des Besitzes im ursprünglichen Zustand. Am Beispiel Lützerath erklärt: Es ist nicht möglich, einen Hof zurückzugeben, der bereits abgerissen und in einem gigantischen Baggerloch verschwunden ist. Bei einer abgelehnten Enteignung,

kann es sich hier also lediglich um eine Neuaushandlung von Entschädigungszahlungen drehen. Dass der rechtliche Weg kein leichter ist, wenn einzelne Bürger\*innen gegen einen global agierenden Giganten wie RWE vorgehen, zeigt das Beispiel Eckardt Heukamp, welcher nach eigenen Angaben zehn Jahre lang gegen die Kapitalinteressen von RWE vorging und dies als zermürbend empfand. RWE hatte auch für seinen Hof zunächst einen Enteignungsantrag gestellt und die vorzeitige Besitzeinweisung eingeleitet. Auf Kaufangebote seitens RWE wollte Heukamp nicht eingehen, er wollte auf seinem Hof bleiben und versuchte dies unter anderem durch das Einlegen rechtlichen Widerspruchs. Nachdem sich das Verwaltungsgericht in Aachen für eine vorzeitige Besitzeinweisung ausgesprochen hatte, zog Heukamp mit zwei Mietern vor das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster, welches in zweiter Instanz die Rechtmäßigkeit der vorzeitigen Besitzeinweisung am 28. März 2022 bestätigte. In der Argumentation des Gerichts heißt es, die energiepolitische Grundentscheidung für eine Verstromung von Braunkohle seien mit dem verfassungsrechtlichen Klimaschutzgebot vereinbar. Dem widerspricht die Studie des deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (vgl. "1,5 Grad heißt: Lützerath bleibt"). Im weiteren heißt es vom OVG Münster, dass die vom Bundesverfassungsgericht geforderte gesetzliche Festlegung zur Verteilung des CO2 Restbudgets noch ausstehen würde. Abschließend wird betont: "Es kommt auch nicht darauf an, ob die Stromversorgung in NRW oder in Deutschland in Gefahr gerät, wenn die Braunkohleverversorgung der Kraftwerke aus dem Tagebau Garzweiler ausbleibt. Für eine Besitzeinweisung reicht es aus, dass die Versorgung des Energiemarkts mit Braunkohle gefährdet ist." Am Gesetzestext lässt sich diese Argumentation für den Markt nicht festmachen, eine Erläuterung, inwiefern dies in Zeiten der Klimakrise mit dem Wohl der Allgemeinheit einhergeht, bleibt aus. Auch darüber hinaus entzieht sich das Gericht seiner Verantwortung und verweist auf Verfehlungen des Bundestages. Die Bundesregierung hat das Rheinische Braunkohlerevier mit in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen. Dort heißt es: "Die im dritten Umsiedlungsabschnitt betroffenen Dörfer im Rheinischen Revier wollen wir erhalten. Über Lützerath werden die Gerichte entscheiden." (S.59) Damit ziehen sich Gerichte und Bundesregierung gleichermaßen aus der Verantwortung und schieben

sie der jeweils anderen Institution zu. Eckhardt Heukamp verkaufte seinen Hof nach dem Urteil des OVG Münster an RWE und sagte dazu: "Mein Zuhause ist kein Spielball für Gerichte und Politik, die sich aus der Verantwortung für Klimaschutz ziehen wollen". Damit endete ein wichtiger rechtlicher Schritt und der politische Druck durch "Alle Dörfer bleiben", die Aktivisti vor Ort und Co. bleibt vorerst das wichtigste Standbein im Widerstand gegen RWE. Hier zeigt sich auch Eckhardt Heukamp weiterhin solidarisch. Solidarität gibt es auch von anderen Seiten, so fanden in der Woche vom 12. bis 18. Dezember in über 40 Städten über die gesamte BRD verteilt Aktionen statt, um auf die Lage in Lützerath hinzuweisen und für den Erhalt Lützeraths zu kämpfen. Auch die Kampagne RWE & Co. Enteignen zeigt sich seit längerem mit Lützerath solidarisch, kämpft allerdings auch über die Besetzung hinaus gegen ein Oligopol einzelner Energiekonzerne. Sie dreht den Spieß um und stellt Fragen danach, warum mit einer Infrastruktur, die ein Grundbestandteil unserer Gesellschaft sowie der Teilhabe an dieser ist, Kapital erwirtschaftet wird. Das Ziel der Kampagne ist es, RWE zu enteignen und anschließend demokratisiert zu vergesellschaften. So gibt es eventuell künftig eine andere Bedeutung der Frage: Wer enteignet hier eigentlich wen?

# Und dann kommt Tag X

Wenn ein anstehendes Ereignis noch nicht genau terminiert ist, wird dafür auch der Begriff Tag-X verwendet. In Besetzungen wie Lützerath oder auch dem Hambacher Forst, meint dies den Tag, an dem die Räumungsarbeiten durch die Polizei beginnen. Die Menschen in den Besetzungen und viele Personen, die sich solidarisch zeigen, bereiten sich auf diesen Tag vor. Dies geschieht beispielsweise durch das Aufbauen von Baumhäusern oder Barrikaden, bezieht sich allerdings auch auf Reproduktionsarbeit in den bestehenden Strukturen, wie Arbeit in der Küche oder die Reinigung der sanitären Anlagen. Auch die Organisation von Großdemos vor Ort oder dezentralen Aktionen können als Vorbereitung auf den Tag-X verstanden werden.

Wann genau der Tag der Räumung kommt, kann variieren. In Lützerath wurde der durch RWE geplante Abriss des Dorfes oft verschoben. Die Verzögerung in der Durchführung der Abriss-Pläne ist auch auf den Widerstand vor Ort und solidarische Menschen zurückzuführen. Denn durch das Errichten einer dauerhaften Mahnwache und dem dazugehörigen Schutz der Versammlungsfreiheit, aber vor allem durch rechtliche Schritte (vgl. "Wer enteignet hier wen?") konnten die Pläne von RWE immer wieder verzögert werden. RWE blieb nicht tatenlos und baggerte nicht die bereits komplett enteigneten Flächen des ehemaligen Dorfes Immerath ab sondern stattdessen immer Näher an das besetzte Dorf Lützerath, um dessen Fundament zu destabilisieren. Das ist es wohl, was RWE unter dem "Schaffen von Tatsachen" zu verstehen scheint.

Ob eine Besetzung, wie die in Lützerath, letztlich eine Zerstörung verhindern kann, bleibt während der gesamten Besetzungsphase ungewiss, wie Beispiele aus der Vergangenheit zeigen. Im Hambacher Forst wurde in der Rodungssaison 2018/19 die Besetzung geräumt und die aufgebauten Strukturen zerstört. Letztlich wurde ein kleiner Teil des Waldes dank der Besetzungen und ihrer solidarischen Unterstützung, beispielsweise durch eine Großdemo vor Ort, die parallel zur Räumung stattfand, erhalten.

Im Vorfeld sind allerdings weite Teile des ursprünglichen Waldgebietes zerstört worden. Der heute noch bestehende Teil des Waldes verwildert, die Baumhaus-Dörfer wurden nach der Rodung wieder aufgebaut und ausgebaut, werden noch immer von Aktivist\*innen bewohnt und dienen bis heute als Lernraum. Die Räumung des Hambacher Forstes wurde im Jahr 2021 durch das Verwaltungsgericht Köln nachträglich als rechtswidrig eingestuft.

Im Dannenröder Wald wurde 2020 parallel zur Räumung mit Rodungsarbeiten begonnen. Dort führt nun eine Schneise durch das Trinkwasserschutzgebiet, die das vorher zusammenhängende Ökosystem teilt. Die Aktivistin Ella wurde während der Räumungsarbeiten mit dem Vorwurf eines Angriffs auf Polizeibeamte festgenommen. Das Verfahren wurde von Aktivist\*innen als politischer Prozess eingestuft. In erster Instanz sind die Aufnahmen der Polizeibeamten nicht berücksichtigt worden. In zweiter Instanz wurden durch diese Lügen in den Aussagen der Polizeibeamten aufgedeckt. Die Aussagen der Beamten wurden im Anschluss dennoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt, ihnen wurde eine höhere Glaubwürdigkeit zugesprochen als den Aussagen der Angeklagten. Das Urteil wurde abgemildert, aber dennoch nicht in Gänze aufgehoben. Die meiste Zeit ihrer Strafe, saß Ella in Untersuchungshaft. Das Bild der Räumung im Dannenröder Wald ist eins der Abschreckung. Dennoch wuchsen danach nicht nur weitere Besetzungen, welche aus den Erfahrungen im Dannenröder Wald gelernt hatten, es entstand auch ein Bildungszentrum vor Ort.

Die Besetzung in Lützerath ist mit der Ungewissheit entstanden, ob das Dorf bleibt oder nicht. Die Erfahrung zeigt zwar ein klares Interesse von Parlamenten und Polizeibehörden gegen Besetzungsstrukturen vorzugehen, welche an Orten entstehen, wo Klimaschäden produziert werden, sie zeigen aber auch dass öffentlicher Druck entgegenwirken kann. Die Symbolkraft von Orten wie dem Hambi, Danni oder Lützi ist hoch. Die solidarische Unterstützung, die Berichterstattung der Medien und die gesellschaftliche Reaktion zum Zeitpunkt einer Räumung sind Faktoren, die nicht berechnet werden können. Die Frage nach Erfolg oder Misserfolg einer Besetzung sollte immer differenziert betrachtet werden. Um ein Verständnis der Mentalität der Menschen vor Ort greifbar zu machen, kann ein Zitat von Bertolt Brecht herhalten: "Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren".

# Erfahrungsberichte aus Lützerath



## **RESA:**

An diesem Ort gipfeln sich die Asurditäten unserer Gesellschaft. Und dennoch: Lützi gibt so viel Hoffnung.

## **LEA:**

Lützi hat mir Mut gemacht. Für mich ist es mehr als ein Ort des Widerstandes gegen RWE und die Politik, die die Realität des Klimawandels mit all seinen globalen Folgen immer noch nicht wirklich wahrhaben wollen. Es ist ein Ort der Begegnung national und international aktiver Menschen, die etwas verändern wollen; des voneinander Lernens und der Solidarität, mit Menschen vor Ort, die ihre Heimat im Namen des Konsums aufgeben müssen, und solchen, die dies in anderen Teilen der Welt tun müssen und mussten, sowie - genau genommen - mit der ganzen Welt, d.h. allen auf ihr lebenden Menschen, Tieren und der Natur. Denn wenn wir das alles erhalten wollen, braucht es ein anderes wirtschaften mit Ressourcen und eine solidarische internationale Zusammenarbeit. Um das anzuregen und voranzutreiben, bis es wirklich in den politischen und wirtschaftlichen Institutionen angekommen ist, braucht es einen Raum. Das ist Lützi. Und das gilt es zu verteidigen!

## **PIKA:**

Ich bin ein International Student der Uni Siegen. Neben meinem Studium mache ich mich für Klimagerechtigkeit stark. Lützerath ist hier ein großes Thema. Mein erster Besuch vor Ort im Dorf war ein Meilenstein für mein Bewusstsein für die Klimagerechtigkeit. Aktivist\*innen aus der ganzen Welt waren in Lützerath und haben sich solidarisch gezeigt und zusätzlich deutlich gemacht, dass die Klimakrise ein internationales Problem ist und auch in Zukunft die ganze Welt betreffen wird. Ich war sehr beeindruckt von den Aktivist\*innen die vor Ort sind, weil sie so viel ihrer Zeit investieren, um für Lützerath einzustehen. Wir als NRW Einwohner\*innen sind besonders von dem Kohlenabbau und den Co2-

Emissionen betroffen. Deshalb tragen wir die Verantwortung um zu sagen: Stoppt die Braunkohleproduktion, stoppt die Umweltverschmutzung, Lützi bleibt!

**JENNY:**

Meine erste Fahrt nach Lützerath. Ich hab mich gefreut zu sehen wie das Dorf aufgebaut ist und wie die Struktur so läuft. Auf der Hinfahrt stieg die Aufregung. Verschiedene Fragen gingen mir durch den Kopf. Eine davon: Wie groß ist denn diese Grube? So groß wie ein Fußballfeld? Angekommen wurde meine Vermutung schnell widerlegt. Ich stand vor dieser Grube und konnte gar nicht glauben was ich da sehe. Die Grube war so groß, dass man sie gar nicht in einem Blick erfassen konnte. Beim Staunen ist mir auch die Presse aufgefallen. Die, wenn sie ein Bild veröffentlichen wollen nur Bilder nehmen dürfen, wo auch die Windräder, die bei den Kraftwerken stehen, immer mit zu sehen sein müssen. Was mich negativ gestimmt hat. Das zeigt, dass sie versuchen sich gut darzustellen und Vorhaben zu verharmlosen. Lützi und seine tollen Strukturen mit tollen und vielen Menschen muss bleiben, um nicht noch weiteren Konzernen, die nur die Wirtschaft und nicht die Menschen im Sinn haben, die Möglichkeit zu geben weiter zum Klimanotstand beizutragen.

**ANTON:**

Ich war nur einmal in Lützerath bisher. Es war im Herbst, es war nass, kalt und schlammig. Trotzdem ist mir der Ausflug sehr schön in Erinnerung geblieben, man hat sofort gespürt das die Menschen dort einen besonderen Umgang miteinander pflegen. Es wird dort eine andere, solidarische Gesellschaft vorgelebt und gemeinsam Widerstand geübt. Dass Lützerath jetzt definitiv geräumt und abgebagert werden soll war absolut erwartbar, aber ist im Jahr 2022 doch schockierend. Der Abbau von Windkraftanlagen in der Nähe, durch den Platz für Braunkohleabbau frei geräumt wird, ist an Absurdität kaum zu überbieten. Solche Entscheidungen zeigen meiner Meinung nach, das bei vielen Menschen die ernsthafte Bedrohung die von der Klimakrise ausgeht immer noch nicht verstanden wurde. Wenn Lützerath geräumt wird, werde ich definitiv wieder kommen und mich der Zerstörung entgegenstellen.

**BAKER:**

An unserer heutigen Gesellschaft gibt es viel auszusetzen. Seien es struktureller Sexismus oder Rassismus, Queerfeindlichkeit,

Ableismus oder immer wieder aufkeimender Antisemitismus. Gründe eine neue, eine bessere Gesellschaft aufzubauen, gibt es viele. So schaffen Menschen immer wieder Orte, an denen sie erlebbar machen, wie eine solche Gesellschaft aussehen kann. Lützerath ist einer davon. Hier werden Kämpfe Hand in Hand gekämpft und die Menschen gehen über das Kämpfen hinaus. Es geht um das Zusammenkommen. Wer in Lützerath war stellt fest: eine bessere Gesellschaft kommt nicht von alleine. Es braucht einen Bruch mit dem Alten und dann muss das Neue Stück für Stück aufgebaut werden. Solidarisch und Miteinander, denn nur so sind wir stark.

#### **STRUPPI:**

Lützi ist ein Ort, den ich schon öfters bereiste, Tage und Nächste verbrachte und immer wieder Menschen mitbrachte, um ihnen diesen besonderen Ort zu zeigen. Wieso, was macht den Ort besonders? Selbstgebaute Häuser, kreative Gestaltung von Lebensraum und autonomes Zusammenleben wird man in Lützerath antreffen. Doch so großartig das klingt, dies ist nicht der Grund, wieso ich Menschen diesen Ort zeigen möchte. Es ist die Überzeugung der Menschen. Die Überzeugung, dass eine bessere Welt frei von Zwang und Gewalt möglich ist. Diese Menschen sind voll von Fröhlichkeit und Optimismus, durch keinen Rückschlag zu trüben. Wer diesen Ort sieht und die Menschen kennenlernt, dem wird klar, dass es sich für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen lohnt. In Lützerath und anderswo.

#### **MAI:**

Während meines Aufenthaltes in Lützerath durfte ich viele positive und nachhaltig prägende Erfahrungen machen. Vor allem begeisterte mich eine besondere Art von Zusammenhalt, die ich so zuvor nie erlebt habe. Ich möchte es jedem empfehlen, nach Lützerath zu fahren, allein um sich das Ausmaß der Zerstörung ausgehend von RWE auf der einen Seite und eine kleine Utopie von Zusammenleben der Aktivist\*innen auf der anderen Seite anzuschauen und einen Teil des Kampfgeistes und der Hoffnung mitnehmen zu können. Und ich möchte dazu aufrufen, Lützerath zu verteidigen, denn es ist ein Verbrechen, das dort vor unseren Augen und auf unsere Kosten geschieht. Das Einhalten der 1,5 Grad Grenze ist unverhandelbar und wird unsere Zukunft bestimmen. Doch solange die Konzerne nur an den Profiten und nicht am Wohl der Menschen und unserer Umwelt interessiert sind, wird es Widerstand geben -Ob in Lützerath oder in allen Besetzungen weltweit.

# Die Kämpfe werden weitergehen

THE FIRST PRIDE WAS A RIOT

Lützerath steht nicht nur für den Kohleausstieg, den Aktivist\*in ist es ein wichtiges Anliegen soziale Kämpfe zu verbinden und diese als global zu verstehen und selbstorganisiert alternative Formen des gesellschaftlichen Miteinanders unter radikal demokratischen Bedingungen erlebbar zu machen. Doch die Theorie zur Praxis zu machen ist nicht leicht. So lautet die Frage vieler Aktivist\*in "Kämpfe verbinden! Aber wie?", Auch wenn in Lützerath nicht alles perfekt ist, kann es doch als Beispiel dafür dienen, auf diesem Weg voran zu kommen. So wurden Saver-Spaces für FLINTA- (Frauen, Lesben, Inter, nichtbinär, trans, A-Gender), BIPOCs oder neurodiverse Personen geschaffen. Diese dienen als Rückzugsort für marginalisierte Gruppen. Zudem wurde eine Awareness-Struktur samt eigener Hütte aufgebaut. Awareness-Strukturen unterstützen Menschen bei verschiedenen Belangen, wenn sie Unterstützung brauchen. Das können Erfahrungen von Diskriminierung sein, aber auch bei Überforderung mit Situationen oder bei Fällen von übergriffigem Verhalten genutzt werden.

Auch Bildung ist ein wichtiges Element im Verbinden von Kämpfen. Durch Skill-Shares wird das Können von wenigen vielen zugänglich gemacht, bei Workshops und Vorträgen wird Wissen zugänglich und nutzbar gemacht. So werden aktiv Wissenshierarchien abgebaut, auch wenn sie so nicht vollends überwunden werden können. Durch das Erleben von alternativen Gesellschaftsentwürfen werden die Menschen welche für Lützerath kämpfen dazu befähigt Erfahrungen und Wissen auf Lützerath in Ihren Alltag mitzunehmen. Alternative Formen der Organisation und des Zusammenlebens können somit in die Lebensrealität der Individuen eingebaut werden. Lützerath könnte als alternativer und entinstitutionalisierter Lernort verstanden werden.

*"Von Lützi bis nach Rojava, Klimaschutz heißt AntiFa"*

Auch Solidarität trägt ihren Teil zum Verbinden von Kämpfen bei. Die Aktivist\*in solidarisieren sich beispielsweise mit der

Revolution in den kurdischen Gebiete in Nord-Syrien. Dort wurde der IS zerschlagen und als Gegenmodell zum Assad Regime wurde eine radikal-demokratisch sozialistische Struktur aufgebaut, deren Ziel es ist, sich als autonomes Gebiet in ein demokratisch geführtes Syrien einzugliedern. Die Türkei, welche ein territoriales und hegemoniales Interesse daran hat, dass die kurdischen Gebiete weiter unterdrückt bleiben, führt seit Jahren einen Angriffskrieg gegen das feministisch und ökologisch geführte Rojava. Mit dem Spruch "von Lützi bis nach Rojava, Klimaschutz heißt AntiFa" findet gleichzeitig eine Solidarisierung mit Menschen statt, die sich gegen ein erneutes Aufkommen des Faschismus sowie für die Aufarbeitung der Geschichte des Faschismus stark machen, egal wo.

Doch es ist nicht alles Gold was glänzt. Auch die Aktivist\*innen in Lützerath sind in einer patriarchalischen weißen Dominanzkultur sozialisiert worden. Somit werden teilweise Rassismen oder Sexismen reproduziert, obwohl das eigentliche Bestreben ist, diese abzulegen. Dies machte sich beispielsweise dadurch bemerkbar, dass FLINTA-Personen feststellten, dass sie den Großteil der Reproduktionsarbeit im Camp leisteten. Die Antwort darauf war ein FLINTA-Streik und das Errichten eines Baumhauses, an welchem ausschließlich FLINTA-Personen mitwirkten. Auch innerhalb von Strukturen, die eine neue Gesellschaft aufbauen wollen, müssen also marginalisierte Gruppen kämpfen. Das Verständnis dahinter: Befreien kann sich nur jede\*r selbst, doch Solidarität und Reflexion des eigenen Verhaltens können diese Kämpfe unterstützen.

Auch der niedrigschwellige Zugang liegt vielen Aktivist\*innen am Herzen. Dabei ist eine Besetzung alles andere als barrierefrei. Dennoch werden immer wieder Wege geschaffen, auch Menschen mit Rollstuhl einen Zugang auf dem Gelände zu ermöglichen. Auch bei der Beteiligung an demokratischen Entscheidungsprozessen werden Hürden durch offene Strukturen abgebaut.

Solidarität und Verbundenheit kommt aber auch von regionalen Bürger\*innen. Die Aktivist\*innen in der Besetzung und Bündnisse wie "Alle Dörfer bleiben" oder die Anti-Kohle-Bewegung kämpfen nicht erst seit Lützerath Seite an Seite. Im Rheinischen Braunkohle Revier wird schon lange Widerstand gegen die Kapitalinteressen von RWE geleistet. Die Besetzung des Hambacher Forstes ist das prominenteste Beispiel. Ein kleiner

Teil des Waldes samt Baumhäusern steht bis heute und wird auch noch bewohnt. Er dient noch immer als Lern- und Erfahrungsraum, zu welchem Menschen von weit her anreisen. Auch wenn #HambiBleibt eher ein Symbol für einen viel größeren Kampf ist, der noch lange nicht gewonnen wurde, hat die Besetzung im Hambi gezeigt, dass Widerstandskämpfe gegen Großkonzerne wie RWE nicht erfolglos sein müssen. Sie schaffen einen starken inneren Zusammenhalt und inspirieren andere Menschen. Waldbesetzungen gibt es nicht nur in Deutschland, seit dem Hambi haben sie allerdings starken Zuwachs gefunden. Der Alti, der Moni, Moor bleibt Moor, der Danni und viele weitere Besetzungen stehen in der Tradition des Hambacher Forstes. Waldbesetzungen über die Grenzen der BRD hinaus gab es beispielsweise in Polen (Nora 219A).

Wie die meisten Europäer\*innen haben auch viele Aktivist\*innen eine durch Eurozentrismus oder durch den politischen Westen geprägte Weltanschauung. Ein elementarer Teil des Zusammenführens von Kämpfen ist also auch die globale Solidarität. Diese gilt vor allem den MAPAs (Most Affected People and Areas). Der Eurozentristische Diskurs bezieht sich oft auf Auswirkungen, die hier in Europa oder Ländern der EU spürbar sind. Das sind beispielsweise Trockenheit und Hitzewellen, Waldbrände, Starkregen, Missernten oder die Schäden durch den Borkenkäfer oder die Flutkatastrophe von 2021. Und dennoch sind diese Auswirkungen nicht mit den Most Affected Areas vergleichbar. Der Klimawandel macht ganze Regionen unbewohnbar. Massive Dürren und Ernteaufschläge führen zu Hungersnöten und Konflikten, welche viele Menschen zur Flucht zwingen. Sie kommen in den meisten Fällen aus den Gebieten, die den historisch geringsten Anteil am Anstieg der Treibhausgase in der Atmosphäre tragen und spüren gleichzeitig aber die stärksten Auswirkungen (vgl. "Was ist Klimagerechtigkeit?"). Und während die EU-Staaten immer wieder mit Menschenrechten argumentieren, um andere Länder zu kritisieren, wird an den EU-Außengrenzen alltäglich Menschen ihr Menschenrecht auf Asyl verwehrt. Illegale Pushbacks an Land und auf dem Wasser haben bereits zu unzähligen toten Flüchtlingen geführt. Die Durchführung dieser menschenrechtswidrigen Maßnahmen findet unter anderem durch die EU eigene Agentur FRONTEX statt. Wie stark Akteure, die sich mit Berufung auf die Menschenrechte der

Seenotrettung angeschlossen haben, kriminalisiert werden, zeigt das Beispiel von Carola Rakete. Die Aktivistin wurde im Juni 2019 als Kapitänin der Sea-Watch 3 inhaftiert. Nachdem sie wieder auf freiem Fuß war, schloss sie sich unter anderem wiederholt Aktionen von Bewegungen für Klimagerechtigkeit an und war unter anderem auch für eine Weile in Lützerath aktiv, denn die Kämpfe für das Recht auf Asyl und für Klimagerechtigkeit hängen (mit Blick auf die Klimaflucht) zusammen. Repressionen wie diese sind kein Einzelfall, wie der Fall Ella zeigt (vgl. "Und dann kommt Tag-X"). Der Kampf gegen Repressionen, wie ihn beispielsweise die Rote Hilfe führt, hängt also ebenfalls mit diesen Kämpfen zusammen.

Auch wenn hier nicht alle Zusammenhänge verschiedener sozialer Kämpfe aufgezeigt werden können, so wird das dennoch deutlich, dass diese in der Praxis bereits verbunden werden. An einem Ort wie Lützerath wird dies sichtbar, verschiedene Menschen kommen zusammen. Doch ein Zusammenführen findet über die Praxis an solchen Orten hinaus statt und wird es auch weiter tun.

# Weitere Informationen

[www.luetzerathlebt.de](http://www.luetzerathlebt.de)

[www.alle-doerfer-bleiben.de](http://www.alle-doerfer-bleiben.de)

[www.virtuelles-museum.com](http://www.virtuelles-museum.com)

## Anmerkungen

### **1,5 °C - Ein praxissoziologisch motivierter Kommentar**

[1] Bushido - Theorie & Praxis feat. JokA

[https://www.youtube.com/watch?v=-86Z9tV\\_FWs](https://www.youtube.com/watch?v=-86Z9tV_FWs)

[2] Aulenbacher, Brigitte et al. (2017). Öffentliche Soziologie: Wissenschaft im Dialog mit der Gesellschaft.

Frankfurt/Main: Campus Frankfurt / New York. ISBN

9783593435404.

[3] Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S., Seyd, B. (eds). (2019). Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Springer VS, Wiesbaden.

[https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1_1).

[4] McGuire, Bill (2022). The 1.5C climate target is dead - to prevent total catastrophe, Cop27 must admit it. The Guardian. Sat 12 Nov 2022 08.00 GMT.

<https://www.theguardian.com/commentisfree/2022/nov/12/climate-target-cop27-breakdown-fossil-fuel>.

[5] Müller, H.P. (2019). Eine neue Soziologie für eine neue große Transformation? In: Dörre, K., Rosa, H., Becker, K., Bose, S., Seyd, B. (eds) Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften. Springer VS, Wiesbaden. S. 549-566.

[https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1\\_30](https://doi.org/10.1007/978-3-658-25947-1_30).

[6] Scheffer, T., & Schmidt, R. (2013). Public Sociology. In: Soziologie; 2013, Vol Bd. 42, Nummer 3, S. 255-270.

### **Über den IPCC-Bericht 21/22 - Kommentar**

[1] Zu den Folgen höherer Emissionen siehe z.B. Kemp, L. et al. „Climate Endgame: Exploring catastrophic climate change scenarios“. PNAS, August 2022 (<https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2108146119>).

[2] Der Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wurde im November 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) als zwischenstaatliche Institution ins Leben gerufen, um für politische Entscheidungsträger den Stand der wissenschaftlichen Forschung zum Klimawandel zusammenzufassen mit dem Ziel, Grundlagen für wissenschaftsbasierte Entscheidungen zu bieten. 195 Regierungen sind Mitglieder des IPCC. Hauptaufgabe des Ausschusses ist es, die naturwissenschaftlichen Grundlagen und den weltweiten Forschungsstand über die Auswirkungen der Globalen Erwärmung und seine Risiken sowie Minderungs- und Anpassungsstrategien zusammenzutragen und aus wissenschaftlicher Sicht zu bewerten. Dazu beruft der IPCC tausende Wissenschaftler aus aller Welt. Diese erstellen die Sachstandsberichte des IPCC. Der IPCC gilt als „Goldstandard“ der Klimaforschung.

([https://de.wikipedia.org/wiki/Intergovernmental\\_Panel\\_on\\_Climate\\_Change](https://de.wikipedia.org/wiki/Intergovernmental_Panel_on_Climate_Change) hier stark gekürzt)

[3] IPCC, 2021: Summary for Policymakers, o. D., Seite 29. [online]

[https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC\\_AR6\\_WGI\\_SPM.pdf](https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/downloads/report/IPCC_AR6_WGI_SPM.pdf).

[4] UNEP (United Nations Environment Programme). Emissions Gap Report 2021. 2021, Seite XV. [online]

(<https://www.unep.org/resources/emissions-gap-report-2021>).

[5] Öko-Institut et al. Klimaneutrales Deutschland 2045.

2021, Seite 13. [online] (<https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-2045/>).

[6] Umweltbundesamt: Treibhausgasemissionen stiegen 2021 um 4,5 Prozent [online]

<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/treibhausgasemissionen-stiegen-2021-um-45-prozent>.

[7] Sachverständigenrat für Umweltfragen: Wie viel CO<sub>2</sub> darf Deutschland maximal noch ausstoßen? Fragen und Antworten zum CO<sub>2</sub>-Budget. Seite 15. [online]

[https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04\\_Stellungen/2020\\_2024/2022\\_06\\_fragen\\_und\\_antworten\\_zum\\_co2\\_budget.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=30](https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungen/2020_2024/2022_06_fragen_und_antworten_zum_co2_budget.pdf?__blob=publicationFile&v=30).

[8] Umweltbundesamt: Wie hoch sind die Treibhausgasemissionen pro Person in Deutschland durchschnittlich? [online]  
<https://www.umweltbundesamt.de/service/uba-fragen/wie-hoch-sind-die-treibhausgasemissionen-pro-person>.

### **Was ist Klimagerechtigkeit?**

[1] Ende Gelände: We Shut Shit Down. Hamburg 2022.  
[2] Grafe, Regina: Umwelt- und Klimagerechtigkeit - Gesundheit und Wohlbefinden. Energiegewinnung und Energienutzung. Ludwigsfelde 2021.

### **Wer enteignet hier wen?**

[1] NRW: Gesetz über Enteignung und Entschädigung für das Land Nordrhein-Westfalen, in: [recht.nrw.de](https://recht.nrw.de), o. D., [online] [https://recht.nrw.de/lmi/owa/br\\_text\\_anzeigen?v\\_id=100000000000000000694](https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=100000000000000000694) (abgerufen am 13.12.2022).  
[2] RWE: Abgeschlossene Umsiedlungen, in: [rwe.de](https://www.rwe.de), o. D., [online] <https://www.rwe.de/nachbarschaft/rwe-vorort/umsiedlung/abgeschlossene-umsiedlungen> (abgerufen am 13.12.2022).  
[3] RWE & Co. Enteignen: Warum Enteignung? - RWE & Co enteignen, 22.06.2022, [online] <https://rwe-enteignen.de/warum-enteignung/> (abgerufen am 13.12.2022).  
[4] Schürer, Julia Agrarheute: Letzter Landwirt verlässt Lützerath: Der Hof ist verkauft, in: [agrارheute](https://www.agrarheute.com), 04.04.2022, [online] <https://www.agrarheute.com/management/recht/letzter-landwirt-verlaesst-luetzerath-hof-verkauft-592170> (abgerufen am 13.12.2022).  
[5] SPD, Bündnis 90, FDP: Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und den Freien Demokraten (FDP). Berlin 2021.



Hanau-Denkmal am ehem. Paulshof in Lützerath.

Foto: Oktober 2022

# Impressum:

Herausgegeben von:

Walter Krämer AStA der Universität Siegen

Adolf-Reichwein Str. 2

57074 Siegen

[www.asta.uni-siegen.de](http://www.asta.uni-siegen.de)

[asta@uni-siegen.de](mailto:asta@uni-siegen.de)

Redaktion & Lektorat:

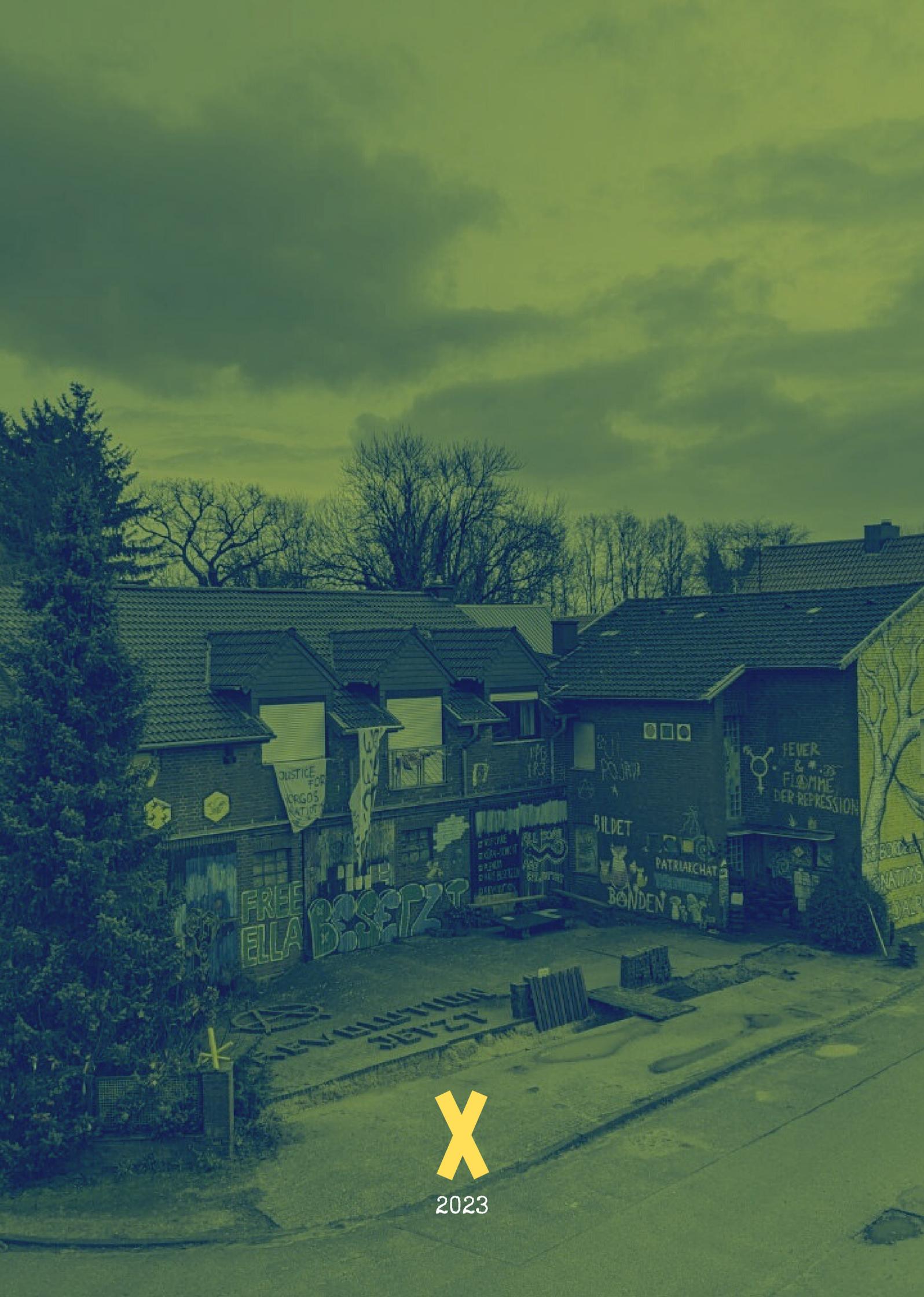
Referat für politische Bildung und Kultur

Redaktionelle Leitung:

Lukas Schaub

Siegen, 2023.





2023